

halteabsichten. Wie ich seinerzeit bei der Behandlung des Treibstoffzollgesetzes gesagt habe und wie es auch Herr Stich beim Budget unterstrichen hat, sind wir durchaus bereit, Treibstoffzollmittel grosszügig im Rahmen dessen, was rechtens ist, einzusetzen für die in der Bundesverfassung schon 1983 und mit dem Treibstoffzollgesetz festgelegten Ziele. Aber *intra legem* müssen wir das machen und nicht *extra legem*.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

87.025

## PTT. Geschäftsbericht 1986

### PTT. Gestion 1986

Bericht des Bundesrates vom 15. April 1987

Rapport du Conseil fédéral du 15 avril 1987

Beschlussentwurf siehe Seite 60 des Berichtes

Projet d'arrêté voir page 60 du rapport

Bezug bei der Generaldirektion PTT, Viktoriastrasse 21, Bern  
S'obtient après de la Direction générale des PTT, Viktoriastrasse 21, Berne

**Bratschi**, Berichterstatter: Unserem gelben Riesen geht es gut. Er macht es wie die Sonnenuhr, er zählt die heiteren Stunden nur, wenigstens im vergangenen Jahr. Mit einem Unternehmensgewinn von 554 Millionen Franken hat er ein Prachtsergebnis erarbeitet, das beste der letzten Jahre, wenn nicht überhaupt. Die Verkehrszunahme betrug bei den PTT insgesamt 4,1 Prozent, bei den Postdiensten stieg die Nachfrage um 2,7 Prozent, bei den Fernmeldediensten um 5,4 Prozent.

Daneben gibt es bei den PTT natürlich auch Schattenseiten. Die PTT sind nicht, wie allgemein angenommen, einfach Monopolbetriebe. Durch das Monopol sind die Fernmeldedienste geschützt. Im Postbereich hingegen sind nur etwa 50 Prozent der Dienstleistungen unter dem Monopol. So stehen die PTT z. B. im Postzahlungsverkehr in harter Konkurrenz mit den Banken. Im Postautodienst besteht das Problem stark differenzierter regionaler Märkte.

Durch Auflagen der politischen Behörden sind sie verpflichtet, vor allem in den Postdiensten gemeinwirtschaftliche Leistungen zu nicht kostendeckenden Preisen zu erbringen. Die daraus entstehenden hohen Defizite im Bereich der Zeitungen und Zeitschriften sowie im Postautodienst belasten die Mischrechnung zwischen Post- und Fernmeldediensten in immer stärkerer Masse.

Die PTT hatten in einem Punkt im vergangenen Geschäftsbericht etwas Pech. Sie betreiben nämlich 314 UKW-Sender, womit 98 Prozent der Bevölkerung der Schweiz erreicht werden können. Nur 40 000 Einwohner haben noch einen ungenügenden UKW-Empfang. Das Pech der PTT war nun, dass sich unter diesen Unterprivilegierten ausgerechnet ein Nationalrat und dazu noch ein ehemaliger Präsident unseres Rates befindet, wie sich anlässlich der GPK-Sitzung herausstellte. Wie dieser Präsident trotz dieser krassen Informationslücke mangels Radioempfang den Rat präsidierten konnte, bleibt sein Geheimnis. Zu eng wurde jedenfalls seine Ratsführung nicht.

Allgemein bekannt ist der rasante Ausbau der Fernmelde-technik. Hier sind die Neuerungen oft schon veraltet, bevor sie richtig in Betrieb genommen werden können. Wie unsere gesamte Wirtschaft hat hier auch die PTT Mühe, mit den Fortschritten der Technik Schritt zu halten. Dies zeigt sich insbesondere auch im Personalsektor. Entsprechend qualifiziertes Personal ist kaum mehr zu erhalten und wenn ja, nur zu hohen, um nicht zu sagen, übersetzten Löhnen. Die PTT bilden nun selbst auf diesem technischen Gebiet Perso-

nal aus mit dem Ziel, von Drittfirmen unabhängiger zu werden und den Eigenbedarf selbst zu decken.

Was ganz allgemein den Personalbedarf an betrifft, so kann für das vergangene Jahr festgestellt werden, dass der bewilligte Personalbestand unterschritten worden ist. Personalrekrutierungsschwierigkeiten gab es auf dem Platze Genf. Die Arbeitsverkürzung auf 42 Stunden erforderte nach dem Geschäftsbericht der PTT zusätzlich 800 Personen. Dabei muss auch gleich festgestellt werden, dass die Ueberzeit-, Ruhetags- und Ferienguthaben sich bis Ende 1986 auf 199 831 Tage belaufen haben – ein offensichtliches Zeichen für die Ueberbelastung des Personals. Der Fernmeldekreisdirektion Zürich fehlten nach einem Bericht in der «NZZ» ungefähr 300 Personen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, was 10 Prozent ihres bewilligten Personals entspricht. In Genf konnten über 300 Störungen nicht behoben werden, weil es an Personal fehlte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Personalverbände regen und eine reale Verbesserung der Löhne um rund 5 Prozent fordern. Die PTT-Union hat bei der Generaldirektion PTT eine Petition hinterlegt, die über 10 000 Unterschriften tragen soll, um Realloohnerhöhungen und andere Verbesserungen der Arbeitsplatzverhältnisse zu erreichen. Für qualifizierte Stellen (Ingenieure HTL bei den Fernmeldediensten, Verwaltungs- und Dienstchefs bei den Postdiensten) bietet die Privatwirtschaft Löhne an, die um 1000 oder mehr Franken pro Monat höher seien als im Bundesdienst.

Während aus der Sicht der Generaldirektion die Arbeitszeitverkürzung ohne nennenswerte Schwierigkeiten vollzogen werden konnte, hat sich nach Meinung der Gewerkschaften die Personalsituation weiter verschlechtert. Mitarbeiter würden aus den Ferien zurückgerufen, Ruhetage nicht mehr gewährt, Ueberzeit könne nicht kompensiert werden und selbst die Lehrlinge könnten ihre Pflichtschulstunden nicht ausgleichen.

Den Hauptakzent sieht die vorgenannte Petition der PTT-Union bei der Forderung, die Mitarbeiter der PTT von den Gewinnen profitieren zu lassen, «die dank ihrer Arbeit schliesslich erzielt worden seien». Eine Totalrevision der Aemterqualifikation sollte möglichst viele Laufbahnen und Aemterreihen verlängern. Zwischen der 5. Besoldungsklasse und der untersten Ueberklasse wären Zwischenklassen einzufügen. Es müssten Verbesserungen von mindestens 3 Lohnprozenten ermöglicht werden.

Soweit die Berichterstattung über die Anliegen des Personals, wie sie der «NZZ» vom 19. Mai 1987 entnommen werden konnten und die ich Ihnen im Hinblick auf die sonst glänzenden Zahlen der PTT nicht vorenthalten konnte. Sie werden also hier im Rat erwähnt, nicht etwa als Vorwurf oder Einmischung in die gute Führung und Leitung der PTT, sondern als Hinweis für Räte, dass bei den PTT auf dem Personalsektor noch zahlreiche Probleme der Lösung harren. Von den PTT wurde durch die Sektion PTT der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates deshalb auch ein Bericht über die künftige Personalsituation, insbesondere im technischen Bereich (Konkurrenzfähigkeit der PTT auf dem Arbeitsmarkt) bis Mitte August verlangt.

Ein weiterer Bericht, der seitens der gleichen Sektion des Nationalrates von den PTT bis Ende Oktober verlangt wurde, betrifft die Frage der internationalen Konkurrenzfähigkeit der PTT gegenüber Grosskunden. Damit wird die langfristige Tragbarkeit einer Finanzierung der Mischrechnung über den internationalen Fernmeldeverkehr anvisiert, ebenso zu anderen PTT-Betrieben und zu privaten Firmen. In diesem Zusammenhang kamen die Telefntaxen in der Kommission zur Sprache. Die Ortsgespräche sind in der Schweiz – im Gegensatz zu den Inlandferngesprächen – defizitär. Praktisch der ganze Gewinn stammt bei den PTT-Fernmeldediensten aus dem Auslandverkehr. Die Telekommunikation wird weltweit teilweise privatisiert (Satellitengesellschaften), was zu einer weiteren Konkurrenzsituation unter Zweigen der PTT-Betriebe führen kann.

Als weiteres Beispiel wurde genannt, dass eine schweizerische Grossbank ihre Telekommunikationszentrale ebenso gut in Frankreich oder in Deutschland einrichten und

dadurch von den günstigen Gebühren im Ausland profitieren könnte. Dabei wurden in diesem Zusammenhang Bedenken geäußert, inwieweit die Mischrechnung Postdienste/Fernmeldedienste auf die Dauer noch zu verantworten sei. Es sei wohl kaum zu vermeiden – das wurde ebenfalls in der Kommission gesagt –, dass die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der PTT über kurz oder lang wie bei den SBB durch Steuermittel abgegolten werden müssen. Diese Perspektiven wurden indessen in der Kommission nicht weiter behandelt und auf spätere Jahre verschoben. Dabei gilt hier ebenso, was anderswo auch gilt: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Berichterstattung möchte ich namens der GPK mit dem besten Dank an die Leitung wie das Personal der PTT abschliessen. Auf unseren «gelben Riesen» dürfen nicht nur wegen des hervorragenden finanziellen Abschlusses stolz sein, sondern ebenso wegen der guten Leistungen der PTT für Volk und Wirtschaft. Sie sind für uns schlechtweg unentbehrlich!

Einen persönlichen Dank möchte ich dem scheidenden Generaldirektor Guido Nobel für seine grossen Verdienste im Postbereich abstaten, und unserem Ratsmitglied Jean Clivaz, der leider im Moment nicht hier ist, wünsche ich als neuem Generaldirektor PTT alles Gute.

Die GPK beantragt Ihnen einstimmig, den Bundesbeschluss über die Geschäftsführung des Bundesrates im Bereich der PTT im Jahre 1986 zu genehmigen.

**M. Coutau:** Le groupe libéral se joint aux appréciations positives dont le rapporteur vient de faire part à propos des brillants résultats financiers que les PTT ont enregistrés en 1986. Sans revenir sur les causes de ces résultats qui ont été tout à fait clairement démontrées, nous constatons avec plaisir qu'elles sont beaucoup moins circonstancielles que réellement structurelles. En effet, outre la faible inflation, ce sont bel et bien des efforts de rationalisation qui se poursuivent dans la durée. J'en salue les effets, notamment, dans le service des automobiles. Ces efforts devront se poursuivre, comme nous l'ont affirmé les directeurs de l'entreprise, car ils permettent de contenir la croissance des dépenses. Toutefois, c'est surtout la croissance des recettes tarifaires qui est à l'origine d'un bénéfice record. Je prétends qu'il s'agit là d'un facteur plus structurel – c'est-à-dire dont il est permis de penser qu'il subsistera au moins à moyen terme – que purement circonstanciel. Tout indique en effet que le besoin de communications, et en particulier de télécommunications, plus spécialement de télécommunications internationales, va continuer à se développer fortement. Or, il est assez réjouissant de constater que les PTT sont à nouveau en voie de pouvoir répondre à la croissance de ces besoins aujourd'hui et, nous avons de bonnes raisons de le penser, surtout demain dans une meilleure position concurrentielle, que cela n'était le cas hier, voire même aujourd'hui.

Grâce à des recherches et à des investissements considérables, les PTT peuvent effectivement prétendre faire face, quantitativement et qualitativement, à une demande accrue et exigeante. Ce n'est pas encore le cas dans tous les domaines, ni surtout dans des délais que certains usagers voudraient plus courts; mais des progrès sont incontestablement en cours, en collaboration avec le secteur privé suisse et sous la pression nécessaire de la concurrence internationale. Les inquiétudes, les plaintes et les déceptions qui se manifestaient il y a quelques années encore, ont aujourd'hui fait place à une plus grande confiance quant à la qualité et au volume des prestations que les PTT seront en mesure d'offrir dans des domaines en mutation spectaculaire de la télécommunication.

J'ajouterai qu'à ce regain de compétitivité technique s'est ajouté un regain de compétitivité financière. Les politiques tarifaires beaucoup trop lourdes, en comparaison de l'offre étrangère, même compte tenu des différences de sécurité et de qualité, ont été heureusement corrigées. Les réductions tarifaires dans le trafic international ont porté leurs fruits et sont à mes yeux en bonne partie à l'origine de la croissance des recettes liée à celle du trafic. Il y a tout lieu de poursuivre dans cette voie, et nous approuvons sans réserve les projets

de nouvelles réductions tarifaires qui sont annoncées pour le 1er août prochain. Elles sont nécessaires, dans le domaine international, où les PTT suisses renforceront ainsi leur compétitivité, et nous nous réjouissons que les usagers du réseau interne puissent également en bénéficier, même si l'effet sur le trafic nous semble moins prometteur dans ce secteur.

Les résultats globaux dont nous nous félicitons proviennent de résultats régionaux extrêmement divers. Une analyse détaillée, établie en 1984, a maintenant été publiée et il n'est pas mauvais de souligner ici son importance. La diversité des résultats est à considérer comme un élément important de la péréquation financière interrégionale, ou plus simplement de la solidarité intercantonale. On relève en effet que tout naturellement ce sont les cantons où l'économie est plus particulièrement développée qui apportent les contributions les plus spectaculaires au bénéfice des PTT. Ils compensent ainsi très largement les déficits constatés dans les régions moins favorisées. Lorsque l'on ajoute à ce facteur de développement économique celui de l'intensité des relations internationales, qui caractérise certains cantons, on s'aperçoit de l'ampleur considérable de l'effet de péréquation dont les autres régions du pays tirent profit. En ma qualité de Genevois, je m'en félicite car je constate que c'est en effet Genève qui, par habitant, apporte, sur l'ensemble des prestations PTT, la plus forte contribution au bénéfice de la régie, largement avant Zoug, Bâle-Ville et Zurich. Cet apport est particulièrement spectaculaire pour les télécommunications, mais il est loin d'être négligeable, même pour les prestations postales. Une fois encore, je m'en félicite, mais évidemment il est d'un intérêt d'autant plus important, pour les PTT eux-mêmes et pour les autres régions du pays – notamment celles où l'on enregistre les déficits – que cette situation puisse se perpétuer. Or cela ne sera possible que si les PTT sont en mesure de faire face à la demande qui caractérise notre canton et qui est à l'origine même de la contribution qu'il apporte aux résultats financiers de l'entreprise.

A cet égard, des craintes sérieuses ont été émises. La députation genevoise, tout comme les autorités cantonales, les ont évoquées unanimement et avec insistance. Il s'agit de difficultés de recrutement d'un personnel suffisant en effectif et qualifié en formation. Sans y revenir longuement, j'exprime ici ma reconnaissance pour l'enquête menée à notre demande par les PTT pour connaître les motifs et l'ampleur d'une perte sérieuse de compétitivité des PTT sur le marché du travail local. L'enquête a donné des résultats explicites, qui ont permis de définir des mesures correctives indispensables. Pour que ces mesures entrent en vigueur et portent leurs fruits, seule manque une décision finale du Conseil fédéral. Il semble qu'elle soit imminente. Je le souhaite très vivement. Une fois encore, il ne s'agit en aucune façon de privilégier Genève, mais bien de lui permettre d'apporter, comme par le passé, la contribution importante, voire décisive, qui est la sienne au bénéfice de l'entreprise des PTT et de l'ensemble de ses usagers, en particulier ceux des régions moins favorisées du pays. Si, faute de personnel qualifié, engagé dans des conditions correspondant au marché genevois du travail, les PTT ne pouvaient plus assurer les prestations nécessaires à Genève – et la détérioration de ces dernières années est bien réelle – les autres usagers en seraient très directement et très lourdement touchés. C'est pourquoi le canton de Genève et moi-même attendons avec impatience le dernier feu vert du Conseil fédéral.

**Mme Christinat:** C'est peut-être fastidieux de devoir entendre toujours les mêmes choses, mais ce l'est tout autant d'être obligé de revenir constamment sur le même sujet. En effet, pour la xième fois, je tiens à souligner les mauvaises conditions de travail et de salaire du personnel des PTT. Cela fait déjà plusieurs années que le groupe socialiste, au nom duquel je m'exprime, s'efforce d'attirer l'attention du Parlement et du Conseil fédéral sur la situation de plus en plus précaire des employés de notre grande régie. Aujourd'hui, la coupe est pleine et, dans les régions les plus

touchées, nous ne sommes heureusement plus les seuls à défendre la cause du personnel des PTT, mais elle est maintenant aussi prise en charge par l'ensemble de la classe politique.

Je voudrais rappeler en passant que, sans la bonne volonté et le sérieux professionnel des agents des PTT, le géant jaune ne pourrait pas fonctionner et, par voie de conséquence, il ferait beaucoup moins de bénéfices. La Caisse fédérale, de son côté, en subirait directement les effets.

Bien souvent, dans un pareil contexte, on découvre qu'il y a deux poids et deux mesures. Lorsque, par exemple, on estime qu'il pourrait y avoir trop de personnel dans un secteur – cela était le cas à la Division des automobiles – on mandate immédiatement des experts. Une fois l'analyse terminée, il ne faut jamais longtemps pour décider une restructuration afin de «dégraissier» les effectifs.

En revanche, lorsque le personnel tire la sonnette d'alarme en signalant le nombre de places inoccupées par suite d'un recrutement déficient, conséquence inévitable des salaires insuffisants qui n'attirent presque plus personne, il n'y a pas d'enquête et encore moins d'expertise. On cherche tout simplement à gagner du temps et on hésite à prendre les mesures salvatrices indispensables.

C'est pourquoi le personnel, qui a pourtant été jusqu'ici plus patient qu'il est permis de l'être, commence à en avoir assez. A Genève, les postiers sont descendus dans la rue pour demander de meilleurs salaires. Au Tessin, une pétition signée par plus de 10 000 agents a exprimé les mêmes revendications. Dans plusieurs grandes villes, le mécontentement gronde.

La Direction générale elle-même a admis récemment que la situation actuelle ne pouvait plus durer. Dans le même temps, on apprend, par une étude qui vient d'être effectuée par une institution spécialisée sur les conditions salariales des PDG et des hauts cadres des pays industrialisés, que nos chefs d'entreprises figurent au deuxième rang, juste derrière les Américains, en ce qui concerne leurs salaires qui atteignent un montant moyen de 340 000 francs. Bien entendu, ce chiffre n'est valable que pour le secteur privé. Dans ces conditions, il est compréhensible que nos grandes régions aient de la peine à garder des cadres de valeur et à attirer des dirigeants avec une formation supérieure.

S'il est évident que les cadres du service public sont insuffisamment rétribués, que faut-il alors penser du petit postier, père de famille, qui ne désire pas forcément que son épouse exerce une activité lucrative? Comment peut-il s'en sortir sans de sérieuses restrictions à son train de vie, à ses vacances, à ses loisirs?

La Direction générale des PTT s'efforce de parer au plus pressé et de colmater les brèches en diminuant les prestations à la clientèle. C'est ainsi que, depuis une année, elle a été contrainte de supprimer la deuxième distribution des lettres dans toute la Suisse. Ces mesures n'ont pas entièrement résolu les problèmes et d'autres restrictions de service risquent fort d'être imposées par les circonstances.

Un rapport établi par la Direction générale des PTT, sur mandat donné aux PTT par les Commissions de gestion et des finances, a démontré que la situation à Genève se dégrade chaque jour davantage et que les conditions de travail et de salaire y sont catastrophiques. La cherté de la vie y bat tous les records. J'en veux pour preuve la réticence avec laquelle, aussi bien les commissions parlementaires que les délégations étrangères, viennent à Genève.

Malgré ces inconvénients et cette situation inconfortable, les postiers doivent pourtant bien y vivre et y travailler. Certes, il existe des allocations de résidence, qui ont été créées pour rétablir un certain équilibre salarial entre les villes et la campagne. Ces allocations constituent, qu'on le veuille ou non, une forme sectorielle de l'échelle des traitements. Ces aménagements des salaires, s'ils se justifiaient hier, se justifient encore davantage aujourd'hui. Actuellement, il y a onze zones de résidence allant de zéro, la plus basse, à dix, la plus haute. Mais il est évident que cette réglementation n'est plus d'actualité et que des zones supplémentaires devront être envisagées pour mieux tenir

compte des conditions locales. Il est indéniable que la zone dix est devenue insuffisante pour répondre aux besoins des agents des grandes villes telles que Zurich, Bâle, Berne et Genève, par exemple.

Des améliorations de salaires réelles et une meilleure classification des fonctions sont dans l'air; elles sont attendues avec impatience par les bénéficiaires.

Aussi bien au Conseil des Etats que lors du débat sur la gestion des CFF au Conseil national, vous avez tenu des propos, Monsieur le Conseiller fédéral, qui nous donnent bon espoir. En effet, vous avez déclaré que les CFF allaient pratiquer une politique de recrutement efficace ainsi qu'une politique moderne des salaires et des mesures particulières pour certaines régions. C'est exactement ce que le groupe socialiste souhaite pour l'Entreprise des PTT.

**M. Magnin:** Je ferai, au nom de notre groupe, une brève intervention, tout d'abord, pour ne pas répéter ce que nous avons dit il y a deux ans ou l'année dernière, parce que malheureusement les problèmes n'ayant pas été résolus au cours de ce laps de temps, on se retrouve pratiquement devant la même situation, d'autre part, pour ne pas répéter non plus ce qu'a dit excellemment Mme Christinat.

Mais en ce qui nous concerne, je voudrais dire que nous ne sommes pas du tout ébahis par le demi-milliard de bénéfices réalisés au cours du dernier exercice car nous considérons que la première tâche d'un service public n'est pas de réaliser des bénéfices – je dis bien la première tâche – ni de remplir les caisses de la Confédération, c'est de bien servir le public.

Or, il faut bien dire que les PTT d'aujourd'hui sont malheureusement loin d'être le service public exemplaire d'il y a quelques années et cela, je tiens à le souligner immédiatement, malgré la conscience professionnelle et le dévouement de leurs employés à tous les niveaux. Mais il faut dire qu'à l'impossible nul n'est tenu. Le personnel n'est pas responsable du fait qu'en quelques années, pour des raisons de rationalisation, on a passé de trois à une distribution par jour. N'est-ce pas là un coup très grave porté à un service public? On peut encore discuter de la nécessité de trois distributions mais les deux distributions nous paraissent une question essentielle pour la qualité de ce service public.

Le personnel n'est pas responsable non plus du fait que les Chambres ont imposé pendant des années un blocage du personnel qui a forcément des répercussions très négatives sur les possibilités des PTT de servir convenablement la clientèle. Il n'est pas responsable non plus – ce personnel – du fait que la direction générale ne parvient même pas à engager le nombre d'employés autorisé par les Chambres fédérales et qu'il y a là un déchet de plus de trois cents personnes. Et pourquoi? Nous pourrions en parler dans quelques instants. Il n'est pas responsable non plus du fait que le nombre des employés, qui ont démissionné au cours de l'année dernière pour aller travailler ailleurs – il ne s'agit pas de gens qui ont pris leur retraite – a augmenté en une année de 34 pour cent. C'est évident que si l'on tient compte de tous ces éléments, il est impossible que ce service public puisse être à la hauteur de ce qu'il devrait être. Encore une fois, ce n'est pas la responsabilité du personnel mais c'est peut-être en partie celle de la direction générale qui, à notre avis, cède trop facilement aux pressions de ce Parlement et du Conseil des Etats.

Je dois dire que si l'on continue dans cette voie, si l'on continue à ne pas vouloir payer le personnel et ne pas créer des conditions de travail convenables à son intention, si l'on ne veut pas tenir compte des chiffres qui ressortent du fait notamment que les traitements du personnel ont pris généralement, au cours de ces dernières années, un retard de 5 à 8 pour cent sur des traitements comparables dans l'industrie privée, si l'on ne veut pas tenir compte que les spécialistes, notamment dans le domaine des télécommunications, peuvent trouver dans l'industrie privée des salaires nettement supérieurs à ceux qui sont payés par les PTT, eh bien! la situation ne peut aller qu'en se dégradant.

Nous avons déjà parlé, à plusieurs reprises, de la situation particulière de Genève. Mme Christinat y est revenue tout à l'heure. Il semble que de ce côté se dessinent des solutions qui ne vont, certes, pas tout résoudre mais tout de même qui vont permettre une amélioration des conditions salariales, ce qui serait, dans une certaine mesure, un élément favorable au recrutement.

Aujourd'hui, je crois que le problème n'est plus spécifiquement genevois. Même si à Genève il y a une situation particulière, ce sont réellement les conditions de travail de l'ensemble du personnel des PTT en Suisse et peut-être même d'autres administrations fédérales telles que les CFF, qui sont en cause. Le problème qui est posé, et je parle aujourd'hui des PTT, c'est que lorsque l'on peut réaliser 550 millions de bénéfice en une année et qu'il y a ces conditions salariales, le problème n'est pas alors d'augmenter chaque année la contribution des PTT à la caisse de la Confédération mais c'est de prendre en compte aujourd'hui les conditions salariales des employés. Je pense qu'une bonne partie de ce bénéfice devrait être mis en réserve pour améliorer ces conditions salariales.

C'est pourquoi nous estimons que c'est dans cette direction qu'il faut s'orienter. Réellement, il semble qu'en tout cas dans les organisations syndicales du personnel des PTT, les revendications sont posées. Je pense que le Conseil fédéral et ce Parlement ne pourront plus refuser longtemps d'entrer en matière sérieusement sur ces revendications et j'espère bien, encore une fois, que l'on ne continuera pas à avoir comme objectif unique la réalisation des profits qui servent avant tout à la caisse de la Confédération mais qu'à l'avenir, si l'on réalise des profits, ce sera pour améliorer les conditions de travail du personnel et à travers cela faciliter le recrutement et finalement mieux servir le public.

**Renschler:** Geschäftsberichte sind in der Regel «Schönwetter-Berichte». Dass im Geschäftsbericht der PTT auf Schwierigkeiten im Personalbereich hingewiesen wird, ist doch ein deutliches Zeichen, dass eine prekäre Personalsituation besteht. Sie wurde bereits angesprochen von Frau Christinat und Herrn Magnin.

Rekrutierungsschwierigkeiten und das erneute Aussteigen von Personal bei den PTT zeigen, dass offenbar nicht mehr alles zum Besten bestellt ist. Im Bericht des Bundesrates bzw. der PTT-Generaldirektion und des Verwaltungsrats steht, dass fast 34 Prozent mehr, nämlich zusätzlich 248 Personen, im letzten Jahr den Arbeitgeber gewechselt haben gegenüber dem Vorjahr. Ähnlich ist die Situation übrigens bei den SBB und bei der allgemeinen Bundesverwaltung. Es ist also nicht nur ein spezifisches PTT-Problem. Wir stellen allgemein fest, dass die Konkurrenzbedingungen des Bundes am Arbeitsmarkt gegenüber der Privatwirtschaft schlecht sind und dass ein unhaltbarer Zustand eingetreten ist.

Das zeigt auch die Zahl der Ueberstunden, die geleistet werden müssen. Ende 1986 sind die unausgeglichenen Ueberzeitstunden und die nicht bezogenen Ruhe- oder Ferientage auf fast 200 000 Tage angestiegen; eine enorme Zahl. Seit 1982 hat das PTT-Personal über 800 000 Tage an Ueberzeit geleistet. Darin widerspiegelt sich nicht nur die Unsinnigkeit des Personalstopps, sondern auch der enorme Einsatz des Personals für die PTT und ihre Kunden. Im personalintensiven Postbetrieb nahm der Verkehr von 1983 bis 1986 um 10,4 Prozent zu. Der Personalbestand stieg aber lediglich um 5,5 Prozent – mit ein Grund, dass eine enorme Anzahl von Ueberstunden geleistet werden muss.

Im Geschäftsbericht wird die besonders angespannte Personalsituation auf dem Platz Genf hervorgehoben. Aber auch in anderen Grossagglomerationen wie Zürich, Bern und Basel sind die Verhältnisse tatsächlich nicht besser als in Genf. Die Grenze ist erreicht, wo die Qualität und die Quantität der Dienstleistungen bei den PTT nicht mehr gewährleistet werden können. In Genf können beispielsweise täglich über 300 Telefonstörungen nicht mehr behoben werden. Das ist wahrlich kein Kundendienst mehr. Bei der Fernmeldekreisdirektion Zürich fehlen rund 300 Bedienstete, was

einen Unterbestand von 10 Prozent ausmacht. Beim Bahnpostamt hier in Bern kann der nötige Mehrbedarf an Personal praktisch nur noch mit Aushilfskräften gedeckt werden. Die fristgerechte Postbeförderung ist nicht mehr gewährleistet.

Die PTT-Union hat dem Präsidenten der PTT-Generaldirektion eine Petition mit über 10 000 Unterschriften für eine angemessene Behandlung und Entlohnung des PTT-Personals überreicht. Die darin enthaltenen Forderungen werden vom Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe voll unterstützt und für das gesamte Bundespersonal geltend gemacht. Prioritäre Forderungen sind die Erhöhung der Personalbestände, aber auch Forderungen auf dem Gebiet der Entlohnung; denn die Erhöhung der Personalbestände kann nur erreicht werden, wenn tatsächlich die Anstellungsbedingungen verbessert werden. Erst dann kann man überhaupt qualifiziertes Personal rekrutieren.

Vordringliche Massnahmen auf dem Lohnsektor sind eine Realloohnerhöhung, die Revision der Aemterklassifikation und die Aufstockung des Ortszuschlages für Dienstorte, wo die Konkurrenzfähigkeit des Bundes und seiner Betriebe auf dem Arbeitsmarkt ausgesprochen schlecht ist. Der Föderativverband erwartet, dass dieses Paket an Massnahmen mindestens in der Grössenordnung von 5 Besoldungsprozenten liegt.

Diese Forderung ist alles andere als überzogen; denn bis Ende dieses Jahres dürfte der Reallohnrückstand des Bundespersonals gegenüber den Beschäftigten der Privatwirtschaft ungefähr 5 Prozent erreichen. Es ist also lediglich ein Nachvollziehen dessen, was in der Privatwirtschaft bereits an Lohnerhöhungen gewährt worden ist und noch in diesem Jahr gegeben wird.

Ich ersuche Herrn Bundesrat Schlumpf als obersten Dienstherrn der beiden grossen Betriebe des Bundes – PTT und SBB –, sich im Gesamtbundesrat für die Anliegen des Personals einzusetzen. Die Demonstration des PTT-Personals in Genf und die erwähnte Petition der PTT-Union sind Alarmsignale, dass der Vorrat an Geduld beim Personal zu Ende geht. Es ist an der Zeit, dass nun konkret gehandelt wird.

**Mme Aubry:** Il est toujours réjouissant de constater les résultats financiers d'une régie fédérale qui, année après année, augmente ses bénéfices. Je crois que le rapporteur de la Commission de gestion a trouvé l'expression juste: «le géant jaune». Les PTT font des bénéfices spectaculaires et on remarque qu'ils sont inscrits plus modestement que prévu au budget. Ainsi, en 1985, on avait prévu 224 millions de bénéfice et ce sont 116 millions de plus qui ont été réalisés. En 1986, 336 millions avaient été prévus au budget et une fois encore ce sont 218 millions supplémentaires de bénéfice qui ont été réalisés. Pour 1987, 456 millions sont prévus au budget et sans doute dépassera-t-on le demi-milliard. On ne peut qu'applaudir à de tels résultats qui démontrent une excellente gestion.

Il faut toutefois relever que nos tarifs postaux sont les plus élevés au monde, avec, je l'admets, un excellent service qui toutefois, se réduit, année après année. Ce que je demande au Conseil fédéral c'est qu'il maintienne à tout prix le niveau des taxes actuelles et qu'il renonce à de nouvelles adaptations dans les deux prochaines années au moins. Le service postal ne doit pas devenir un objet de luxe mais rester à la portée de ses usagers les plus modestes.

Un autre point qu'il est important de relever et dont on a déjà beaucoup parlé est celui des taxes téléphoniques internes et plus encore de celles qui s'appliquent aux conversations internationales qui sont extrêmement élevées par rapport à d'autres pays. J'ai été satisfaite d'entendre qu'elles seront revues, grâce à la concurrence, et vraisemblablement adaptées et surtout abaissées. Il me semble qu'avec les bénéfices réalisés dans certains secteurs des PTT, on devrait obtenir une compensation et rendre les taxes des liaisons téléphoniques au moins aussi compétitives que celles des autres pays. La concurrence étrangère est à la porte, M. Bratschi l'a d'ailleurs relevé, et nos voisins sont prêts à casser les tarifs

des liaisons internationales pour d'importants, de très importants clients suisses avec qui ils passeraient un contrat. C'est donc un sérieux avertissement et je pense qu'un abaissement du prix de l'abonnement de téléphone devrait aussi être reconsidéré. Cela pourrait avoir un effet dynamique, notamment auprès de futurs abonnés – je pense en particulier aux jeunes qui adorent le téléphone ou aux personnes seules et âgées. En outre, un peu plus de modernisme serait peut-être nécessaire: si l'on compare les téléphones à notre portée à ceux qui sont disponibles dans des pays d'outre-mer, des idées nouvelles et attrayantes dans les appareils téléphoniques ne pourraient qu'ajouter à l'image de marque des PTT et éviteraient surtout le désagrément de lorgner avec envie des appareils téléphoniques conçus à l'étranger et évidemment interdits chez nous puisqu'ils ne correspondent pas aux normes. D'où des désagréments et des amendes pour ceux qui les choisissent.

**Ruckstuhl:** Unter dem Titel «Die PTT am Markt» finden wir im Geschäftsbericht einen Schlusssatz zum Thema «Poststellennetz». Darin wird unter anderem ausgeführt: «Neben den Kommunikationsmassnahmen fällt der Distribution eine hervorragende Rolle zu. Deshalb ist ein engmaschiges Netz von Verkaufs- und Beratungsstellen unentbehrlich. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Fernmeldedienste künftig auch das dichte Poststellennetz vermehrt mitbenutzen können. Diesen Stützpunkten kommt bei den Fernmeldediensten grosse Bedeutung zu. .... Die PTT schenken deshalb der entsprechenden sorgfältigen Aus- und Weiterbildung des Personals besondere Aufmerksamkeit.» Das heisst: den Poststellen, insbesondere auf dem Land, kommt in Zukunft eine immer grössere Bedeutung zu.

Ausbildung, wie sie hier erwähnt wird, ist das eine, die Erhaltung dieser Poststellen ist das andere. Dabei ist das erwähnte Fernmeldegeschäft nur eine unbedeutende Nebenbeschäftigung unserer Posthalter. Die Hauptaufgabe ist die Feinverteilung der Postsendungen, ihre Entgegennahme und Weiterleitung, d. h. auch der eigentliche Kundenkontakt. Dabei haben sich die Schalter- oder Zustellungsbeamten und -beamtinnen im ganzen PTT-Getriebe eine eigentliche Schlüsselposition erarbeitet. Besonders ausgeprägt sehen wir diese Tatsache bei der Stellung des selbständigen Posthalters auf dem Land. Das Titelblatt des Geschäftsberichts stellt nicht umsonst gerade diese entscheidende Nahtstelle zwischen Kunde und Dienstleistungsbetrieb dar.

Ich bedaure deshalb, dass der Bundesrat und die PTT der Erhaltung dieser wertvollen Institution Poststelle nicht mehr Beachtung schenken.

Die bisherige Praxis muss überprüft und geändert werden. Verschiedene Reaktionen aus breiten Bevölkerungskreisen, nicht zuletzt auch die Erfahrung im eigenen Dorf, haben mich zu dieser Forderung veranlasst.

Darf ich Sie, Herr Bundesrat, an einen Brief aus Niederglatt erinnern? Die Bedeutung der Poststellen und die Nachteile einer Aufhebung werden darin deutlich aufgezeigt: «Es kann nicht bestritten werden, die Landgemeinden verlieren ein Stück Infrastruktur. Es wird der zwischenmenschliche Kontakt eingeschränkt. Weitere Strecken müssen zurückgelegt werden. Energieverbrauch und Umweltbelastung steigen an.»

Meistens geschieht eine solche Aufhebung durch Teillösungen, d. h. eine Poststelle wird in eine kleine Agentur umgewandelt. Ein langsames Eingehen – mit Sterbehilfe von der Kreisdirektion – ist nicht aufzuhalten. Seitens der zuständigen Behörden wurde gesagt, der Bundesrat habe ihnen in solchen Fragen nichts vorzuschreiben. Ich bin da anderer Meinung.

Ein Wort zur Wirtschaftlichkeit. Es darf nicht geschehen, dass derart wertvolle Institutionen allein aus Gründen der Wirtschaftlichkeit aufgehoben werden. Dabei ist die Frage der Wirtschaftlichkeit aus meiner Sicht nicht völlig geklärt. Einmal haben wir dadurch nicht weniger Personal, denn es verlagert sich in grössere Zentren. Wir haben zusätzliche Kaderpositionen. Wir haben mehr Kilometer. Das heisst, wir

haben also nicht unbedingt eine bessere Wirtschaftlichkeit! Es geht hier um gewachsene Strukturen, die sich bewährt haben. Sie dienen neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch der Förderung wirtschaftlich schwacher und Randregionen. Was der Landwirtschaft recht sein kann, sollte auch der PTT im Landesinteresse billig sein. Es geht um die Erhaltung möglichst vieler selbständiger Existenzen als eigentliche Familienbetriebe.

**M. Candaux:** Je n'avais pas l'intention d'intervenir dans ce débat concernant la gestion des PTT. Toutefois, tout à l'heure, j'ai entendu M. Magnin constater que le service du personnel a bien baissé et qu'il ne donne pas satisfaction. J'aimerais m'inscrire en faux contre cette affirmation. Si des gens se plaignent du personnel des PTT, je ne sais pas sur quoi ils se basent.

Quand je vois tout le dévouement qu'il faut de la part des facteurs, de la part des buralistes et de la part des administrateurs postaux pour rendre les services que l'on attend des PTT, je m'inscris encore une fois en faux contre de telles affirmations. Il faut un dévouement constant pour servir la clientèle. Comme je ne suis pas si éloigné des buralistes postaux et du personnel, je suis obligé de vous le répéter encore une fois. Examinez et regardez un petit peu ce qui se passe autour de vous et vous verrez tout le dévouement qu'il faut, même pour dire, parfois, merci avec le sourire à des gens auxquels on souhaiterait répondre peut-être différemment.

Je ne veux pas m'attacher aux comptes, mais j'aimerais simplement vous faire remarquer que tout n'est pas bénéfique dans la grande régie des PTT ou dans le géant jaune, comme on l'a appelé tout à l'heure. En effet, il ne faut pas oublier que, par exemple, le service des cars postaux présentait un déficit de 400 millions, du moins l'année dernière, et que, avec le nouvel horaire cadencé que nous avons voulu à partir du 31 mai 1987, les pertes de ce secteur vont encore s'accroître. En outre, on a également affirmé que le personnel ne se sentait plus responsable. Je m'inscris encore une fois en faux, parce que le personnel, où qu'il soit, est responsable. Il ne peut pas se référer à la responsabilité, soit de l'administrateur postal, soit de la direction d'arrondissement, soit de la Direction générale. Où que soit le personnel des PTT, il est responsable. Je ne veux pas discuter du problème genevois. Certes, il existe, mais je suis persuadé qu'il sera résolu avec satisfaction une fois ou l'autre. Je tenais à dire les choses comme je les pense, autrement dit à remettre l'église au milieu du village.

**M. Magnin:** Excusez-moi de reprendre la parole, mais je tiens à faire une mise au point. Soit M. Candaux ne m'a pas écouté, soit il ne m'a pas compris. En effet, j'ai exprimé exactement le contraire de ce qu'il vient de dire, soit que, si les services des PTT à la clientèle avaient diminué de qualité, le personnel n'était en rien responsable de cet état de chose. Ce n'est pas lui qui a décidé de passer de trois distributions à une, ce n'est pas lui qui a institué le blocage du personnel. J'ai même relevé la conscience professionnelle et le dévouement du personnel, à tous les échelons. Je le répète, le personnel n'est en rien responsable, il est victime des décisions qui ont été prises dans cette salle, notamment le blocage du personnel, en faveur duquel vous avez voté, Monsieur Candaux.

**Bundesrat Schlumpf:** Die Herren Bratschi und Coutau haben zum Geschäftsbericht einlässlich Stellung genommen. Ich will nichts wiederholen.

Zu den Ausführungen von Nationalrat Bratschi nur das: Soweit es den Bereich Kostendeckung, Mischrechnung, gemeinwirtschaftliche Leistung, Abgeltung betrifft, unterschreibe ich vorbehaltlos, dass «aufgeschoben nicht aufgehoben» ist. Wir kommen wieder; aber das muss nicht jetzt diskutiert werden.

Herr Coutau, Herr Magnin und Herr Renschler haben vor allem die personellen Probleme erwähnt. Es geht dabei um die Erhaltung der hohen Leistungsqualität der PTT. Herr

Magnin, es kann keine Rede davon sein, dass diese Leistungsqualität – ganz abgesehen von der Quantität, die enorm zugenommen hat – abgenommen hätte. Wir stehen mit unseren PTT-Leistungen im Post- und im T-Bereich – ich bekomme das in anderen Ländern oft zu hören – weltweit an der Spitze, nicht nur in bezug auf Raschheit, sondern vor allem auch in bezug auf Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Freundlichkeit.

Wir haben im Fernmeldebereich – verglichen mit anderen Ländern – teilweise überhöhte Taxen. Das ist richtig. Herr Coutau hat das erwähnt. Hier werden Anpassungen vorgenommen, vor allem bei den Auslandtaxen, in diesem Sommer aber auch bei den Inlandtaxen.

Zum Personalbereich. Herr Renschler wollte von mir quasi eine Zusicherung, dass ich mich im Bundesrat für eine bestimmte prozentuale Verbesserung verwende. Ich möchte da einen Handlungsspielraum haben, kann Herrn Renschler aber sagen, dass ich mich für eine Verbesserung einsetzen werde, weil ich sie als notwendig erachte. Irgendwo zwischen null und zehn Prozent wird sie etwa liegen. Herr Renschler nannte fünf Prozent als Begehren der Organisationen. Das ist uns bekannt. Die Vorbereitungen sind bereits weit gediehen.

Es geht um Sofortmassnahmen, die kurzfristig wirksam werden können. Es geht um mittelfristige und längerfristige Massnahmen, die natürlich nicht kurzfristige Auswirkungen haben werden. Es geht um generelle und um gezielte Massnahmen. Mit diesen gezielten Massnahmen wollen wir insbesondere Sondergegebenheiten, wie sie in Genf bestehen – das wurde zu Recht gesagt – bewältigen. Es geht dabei in keiner Weise – wie jemand gesagt hat – um eine Privilegierung Genfs oder allenfalls auch einer anderen Region in unserem Lande. Es geht um einen Nachteileausgleich.

Bezüglich Ausgleich von Standortnachteilen darf man sagen: Das ist ein guter Leitsatz helvetischer Politik. Das müssen wir machen, vor allem im PTT-Bereich in der Region Genf. Das steht ausser Frage. Da müssen kurzfristig gezielte Massnahmen dazu beitragen, diese Schwierigkeiten, die vor allem aus dem Wohnungsmarkt resultieren, zu überwinden. Denn in dieser Region steht die Leistungsqualität in Frage, wenn man die Probleme nicht bewältigt.

Noch einmal zu den Ausführungen von Nationalrat Magnin: Ich danke Herrn Candaux für seine Stellungnahme. Herr Candaux weiss, wovon er als Fachmann auf diesem Gebiet spricht. Ich glaube, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Unternehmensleitung, die Generaldirektion, der Verwaltungsrat, verdienen Dank dafür, dass sie trotz erschwelter Verhältnisse – Herr Renschler und andere haben es dargelegt – dieses hohe, beispielhafte Leistungs-niveau erhalten können.

Zur Frage von Nationalrat Ruckstuhl: Das Problem der Poststellen. Dem schenken wir alle Beachtung. Ich habe das selbst in vielen Einzelfällen überprüft, weil mir das sehr wichtig ist. Es ist die Meinung des Bundesrats, dass wir dabei auch Gesamtüberlegungen anstellen müssen. Die Poststellen und die Mitarbeiter in diesen Poststellen erfüllen in den 3000 Gemeinden in unserem Land eine Aufgabe, die über den Postbetrieb hinausgeht. Aber wir können trotzdem nicht etwas, das betrieblich nicht mehr zu rechtfertigen ist, aus an sich bedeutenden Nebengründen aufrechterhalten. Es ist auch nicht zu übersehen, Herr Ruckstuhl, dass in manchen Fällen durch eine Umorganisation die Versorgung verbessert wird, dass die Nachteile, die mit einer Umorganisation verbunden sind, kleiner sind als die Benützer Vorteile. Sie können versichert sein, dass die zuständigen Organe, auch in den Kreisdirektionen, bei der Generaldirektion und im Departement, diese Frage in jedem Einzelfall sehr sorgfältig prüfen und nicht einfach leichtthin aus Rationalisierungsgründen Poststellen aufheben.

Glauben Sie mir, dass ich die Verhältnisse gut kenne. Herr Ruckstuhl, Sie wissen, dass ich in Felsberg an der Postgasse wohne, in unmittelbarer Nachbarschaft unserer Poststelle, die ich unter keinen Umständen aufheben möchte, nicht nur, weil sie uns sehr gute Dienste leistet, sondern weil die Angestellten auch sehr angenehme Mitmenschen sind.

Nationalrat Renschler, über die Massnahmen, die wir für SBB und PTT generell, mit einigen Differenzierungen treffen, habe ich beim Geschäftsbericht SBB diese Woche orientiert. Ich möchte darauf nicht noch einmal zurückkommen und Ihnen nur sagen: Wir haben im Bundesrat generell Verbesserungen auf der Seite der Gehälter vorbereitet, und zwar einerseits gezielte Sofortmassnahmen, z. B. Wohnungsmarktmassnahmen – ich erinnere an die Situation in Genf –, dann aber auch längerfristige und lineare Massnahmen. Der Bundesrat wird seine Beschlüsse nach noch durchzuführenden Gesprächen mit den Personalorganisationen in Bälde treffen.

Sie haben Telefonstörungen erwähnt, die nicht kurzfristig behoben werden können. Da muss ich auf ein spezielles Problem hinweisen, mit dem wir konfrontiert sind. Die gesetzwidrigen Apparate, die im Inland abgesetzt werden – sie dürften nur importiert werden für den Re-Export –, werden ganz offen von vielen Firmen verkauft, und zwar zu Hunderttausenden. Diese Apparate sind überaus störanfällig. Das sind zu einem Teil praktisch fast Wegwerfartikel, Billigware. Und sie haben Netzbelastungen zur Folge, weil sie technisch zum Teil nicht genügen und zu Netzstörungen führen. Es ist schon eine «verfluchte Pflicht und Schuldigkeit», dass die Mitarbeiter in den Kreistelefondirektionen bereitstehen müssen, um Netzstörungen aufzuspüren und zu beheben, die zu einem Teil von derart illegalen Handlungen her kommen.

Wir haben jetzt beschlossen, eine Liberalisierung in bezug auf Importe solcher Apparate vorzunehmen, aber nur, wenn die Apparate homologiert sind, also geprüft wurden, ob sie technisch einwandfrei sind. Dann wird die Störanfälligkeit wohl zurückgehen. Es gibt auch andere Gründe; das möchte ich nicht verkennen.

Schliesslich zu den Ausführungen von Frau Aubry wegen des «gelben Riesen». Sie wissen, dass ich für unsere PTT einen anderen Ausdruck verwende. Aber was mir durch den Kopf ging – mit Verlaub, Frau Aubry –, war: Welches Ungemach ist da über uns hereingebrochen! Jetzt haben diese PTT wahrhaftig einen Unternehmensgewinn von gut 500 Millionen Franken erzielt; das ist ja wirklich «schröcklich»!

Ich sage Ihnen, was das bedeutet: Das sind etwa 6 Prozent des gesamten Bruttoertrages. Ich sehe in dieser Zahl nichts Schreckliches. Oder eine andere Ueberlegung: Wenn uns der «stille» Ertrag der Postcheckgelder – die werden nämlich nicht verzinst – wegen der sehr aktiven Bankpolitik verloren ginge, könnten wir diese 500 Millionen in den Sternen suchen. Das macht nämlich ungefähr diese Summe aus. Ich will keine weiteren Beispiele bringen.

Diese 500 Millionen sind erfreulich. Dass die PTT dem Bund etwas abliefern können, ist nicht Räuberei des Bundesrates, sondern das ist Verfassung. Das steht in Artikel 42 der Bundesverfassung. Man darf den Reinertrag in diesen Relationen also nicht überbewerten. Der kann, wenn man nicht eine kluge Unternehmenspolitik betreibt, plötzlich weg sein. Man muss sich vergegenwärtigen, dass Tarifreduktionen im Telefonbereich, von denen Herr Coutau sprach – da geht es immer um 50 Millionen, 80 Millionen weniger –, bereits den Reingewinn oder die Unternehmensergebnisse des nächsten Jahres markant reduzieren.

Wir dürfen sagen – auch mit Blick auf die nominellen Reserven von 1,6 Milliarden –: Gemessen an der Bilanzsumme, gemessen an den Erträgen, am Aufwand, an der Entwicklung, an den Abschreibungsbedürfnissen wegen dieser Technologiesprünge – es kommt so rasch immer wieder Neues auf uns zu –, weisen die PTT eine konsolidierte Unternehmensrechnung auf. Dafür wollen wir dankbar sein.

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Art. 1 und 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Titre et préambule, art. 1 et 2***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlusstwurfes 78 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

87.026

**PTT. Rechnung 1986****PTT. Compte 1986**Botschaft und Rechnung vom 15. April 1987  
Message et compte du 15 avril 1987Beschlusstwurf siehe Seite 31 der Rechnung  
Projet d'arrêté voir page 31 du compteBezug bei der Generaldirektion PTT, Viktoriastrasse 21, Bern  
S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT, Viktoriastrasse 21, Berne

**Schärli**, Berichterstatter: Gründe für das Rekordergebnis, das im Geschäftsbericht von Herrn Kollega Bratschi erwähnt wurde, sind neben der Monopolstellung selbstverständlich auch das höhere Nachfragewachstum nach PTT-Dienstleistungen und sicher – das muss erwähnt werden – die gute Arbeit auf allen Stufen, die dazu beitrugen, dass 554 Millionen Franken Reingewinn erwirtschaftet werden konnten. Höheres Wachstum an Dienstleistungen bringt höhere Erträge, wenn gut geführt wird. Weiter sind die geringe Teuerung von knapp 0,8 Prozent und die im allgemeinen sehr gute Ausgabenkontrolle zu erwähnen. Wenn ein solcher Riesenbetrieb nur ein halbes Prozent vom Budget abweicht, dann muss man eine gewisse Anerkennung dafür aussprechen. Es ist auch zu beachten, dass trotzdem noch Tarifsenkungen vorgenommen werden konnten, und zwar auf Auslandgesprächen, in der Grössenordnung von 243 Millionen Franken.

Zu Ihrer Information: 1987 soll die Tarifsenkung auch auf Inlandgespräche ausgedehnt werden, und zwar auf alle Telefoninlandgespräche über 20 km. Das ergibt eine Reduktion in der Grössenordnung von rund 300 Millionen Franken.

Zum Aufwand ist zu sagen: Der Gesamtaufwand von 8321 Millionen beträgt 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr und 0,5 Prozent mehr als budgetiert. Beim Personalaufwand liegt die Summe unter dem Budget. Es ist auch festzuhalten: Die Schuld bei der EVK aus dem Einbau der Teuerungszulagen in die Renten konnte 1986 restlos abbezahlt werden.

Zur Personalbestand aus der Sicht der Betriebsrechnung – ich möchte da nicht andere Punkte in Betracht ziehen –: Die PTT, die 57 839 Angestellte haben, beschäftigen dieses Jahr 848 Personen mehr als 1985. Gründe dafür sind die Verkehrszunahme, die Arbeitszeitverkürzung, die auf den 1. Juni 1986 eingeführt wurde, und die Uebernahme zusätzlicher, neuer Dienstleistungen. Auch die grössere Ausbildungszeit im neuen Technologiebereich beanspruchte mehr Personal.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass gewisse Schwierigkeiten bei der Rekrutierung vorhanden sind. Vermutlich hätte, vor allem im neuen Technologiebereich, mehr Personal eingesetzt werden können. Aber dieses Personal wurde nicht gefunden. Deshalb haben die PTT 385 Personen weni-

ger beschäftigt, als es die Personalplafonierung im Prinzip zulies.

Etwas ganz Ausserordentliches ist festzuhalten: Die Abschreibungen betragen 2017 Millionen Franken. Das sind immerhin zusätzlich 290 Millionen mehr, als budgetiert wurden. Es ist interessant, dass bei diesen Riesenabschreibungen der Buchwert heute bei 35 Prozent liegt. Beim Ertrag von 8876 Millionen sind das 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr; die Post legte 156 Millionen und die PTT legten 339 Millionen zu. Die Zinsen aus dem Kapitalertrag stiegen mit 165 Millionen Franken auf 11 Millionen.

Bei der Gewinnverwendung schlugen Bundesrat und Finanzkommission vor, die Ablieferung auf 200 Millionen Franken festzulegen. Im Kostenvoranschlag waren ungefähr 300 Millionen Franken Gewinn vorgesehen. Jetzt sind es über 500 Millionen Franken, so dass eine Mehrablieferung absolut am Platze ist.

Im Hinblick auf den wesentlich besseren Abschluss beantragen wir demzufolge, nicht auf den Antrag von Herrn Coutau einzugehen, nur 170 Millionen, wie er vorschlägt, in die Bundeskasse abzuliefern.

Es verbleiben ja 354 Millionen Franken für die Reserven, die je hälftig auf die Ausgleichs- und Finanzierungsreserven aufzuteilen sind. Der Gesamtbetrag an Reserven steigt jetzt auf 1585 Millionen Franken. Das sind also bedeutend mehr als die Zielformulierung. Das gesetzte Ziel von 1 Milliarde Franken ist erreicht worden, so dass hier sicher nicht grössere Beträge aus dem diesjährigen Gewinn zugelegt werden müssen.

Bei den Investitionen, die 2269 Millionen betragen, 175 Millionen mehr als im Vorjahr, ging der Zuwachs hauptsächlich an die Fernmeldedienste. Bei der Post waren es nur 12 Prozent; bei den Fernmeldediensten 88 Prozent. Es ist zu beachten, dass wegen Bauschwierigkeiten bei den Bauten etwas weniger investiert wurde als letztes Jahr.

Zum Cash flow: Es konnten alle Investitionen mit dem Rekord-Cash-flow von 2600 Millionen finanziert werden. Es geschieht selten – ich kenne nur wenige Betriebe –, wo ein Finanzierungsüberschuss aus diesem Cash flow vorhanden ist.

In die ganze Angelegenheit muss sicher auch die Bedeutung der PTT gegenüber der schweizerischen Wirtschaft einbezogen werden: Investitionen plus Dienstaufträge, wie Bau, Druck, Transport, führten zu Zahlungen der PTT an die schweizerische Wirtschaft im Gegenwert von 3589 Millionen Franken, also über 3,5 Milliarden Franken. Wenn die PTT nicht als wichtiger Partner unserer gesamten Wirtschaft angesehen werden, ist das eine Fehlbeurteilung. Man darf auch sagen, dass die PTT hier die Rolle einer Konjunkturlokomotive spielen. Es ist festzuhalten, dass zu diesen 3589 Millionen noch für 500 Millionen Franken Aufträge ins Ausland vergeben wurden.

Zur Bilanz: Die Bilanzsumme übersteigt erstmals die 20-Milliarden-Franken-Grenze und beträgt 20,45 Milliarden. Die Vermögensstruktur bleibt praktisch unverändert. Das Eigenkapital ist mit 1683 Millionen oder rund 8 Prozent im Verhältnis zur Privatwirtschaft eigentlich schmal, aber man muss begreifen, dass die Verhältnisse in der Privatwirtschaft gegenüber den PTT wieder anders sind. Die Eigenkapitalbasis ist gut, sie wird jetzt in Zusammenarbeit mit der Finanzkommission auch neu überdacht und eventuell im Verlaufe der nächsten Jahre noch etwas verbessert.

Zur Kostenrechnung: Wie die Finanzrechnung nahm auch die Kostenrechnung einen günstigen Verlauf. Der Post gelang es, den Kostendeckungsgrad von 87 auf 90 Prozent zu erhöhen. Das Postdefizit ist kleiner geworden. Als Folge der Taxsenkungen im Fernmeldebereich ging hier der Kostendeckungsgrad von 120 auf 119 Prozent zurück. Die Finanzkommission beantragt Ihnen Zustimmung zur Rechnung 1986 und zur Gewinnverteilung.

**M. Meizoz**, rapporteur: Les PTT se portent bien. La série des résultats positifs, ininterrompue depuis 1976, est couronnée en 1986 par un bénéfice qui, avec 554 millions de francs,

## **PTT. Geschäftsbericht 1986**

### **PTT. Gestion 1986**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.025
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.06.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	790-796
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 452